

Antrag 116/II/2025

Jusos LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Queere Infrastruktur stärken – Queere Jugendzentren und Schutzräume flächendeckend in Berlin etablieren!

1 Queere Jugendliche und junge Erwachsene in Berlin
 2 sind überdurchschnittlich von Diskriminierung, Gewalt
 3 und Armut betroffen. Gleichzeitig fehlt es an sicheren
 4 Schutzräumen, niedrigschwelligen Beratungsangeboten
 5 und Freizeitmöglichkeiten, die eine positive Identifikation
 6 und Teilhabe ermöglichen.
 7
 8 Die aktuelle politische und finanzielle Situation verschärft
 9 diese Probleme: Die Wohnungskrise, fehlende Anlaufstel-
 10 len, Kürzungen bei queeren Projekten und eine Zunahme
 11 queerfeindlicher Gewalttaten machen deutlich, dass que-
 12 ere Infrastruktur in Berlin ausgebaut und gesichert wer-
 13 den muss. Besonders betroffen sind TIN*-Personen (trans,
 14 inter, nicht binäre Menschen), queere Jugendliche ohne
 15 familiäre Unterstützung und marginalisierte Gruppen, die
 16 von mehreren Diskriminierungsformen betroffen sind.
 17
 18 Trotz der im Koalitionsvertrag der Berliner Regierung
 19 (CDU/SPD) festgehaltenen Stärkung queerer Projekte ste-
 20 hen Einrichtungen, wie das erste berlinweite queere Ju-
 21 gendzentrum in Prenzlauer Berg vor dem Aus – dies ist in-
 22 akzeptabel. Es besteht ein dringender Handlungsbedarf,
 23 um queere Jugendliche zu schützen, zu empowern und ih-
 24 ren Räume zur Selbstorganisation und Mitbestimmung
 25 zu bieten.
 26
 27 Diskriminierung und Armut: Queere Menschen, insbe-
 28 sondere Jugendliche, sind überdurchschnittlich von Ar-
 29 mut betroffen und erfahren bei der Wohnungssuche,
 30 im Bildungsbereich und im Gesundheitswesen Diskrimi-
 31 nierung. TIN*-Personen sehen sich zusätzlichen Hürden
 32 ausgesetzt, etwa durch bürokratische Barrieren bei der
 33 Namens- und Personenstandsänderung.
 34
 35 Gewalt und fehlende Schutzräume: Queerfeindliche Ge-
 36 walttaten nehmen zu. Viele Jugendliche erleben Gewalt in
 37 ihren Herkunftsfamilien oder im öffentlichen Raum. Not-
 38 fallwohnungen und Schutzräume sind jedoch knapp, und
 39 die Zusammenarbeit mit landeseigenen Wohnungsbau-
 40 gesellschaften wird zunehmend schwieriger.
 41
 42 Abbau queerer Infrastruktur: Durch Sparmaßnahmen des
 43 Senats sind queere Freizeiteinrichtungen, Beratungsstel-
 44 len und Jugendzentren bedroht – ein alarmierendes Si-
 45 gnal.
 46
 47 Fehlende flächendeckende Angebote: Queere Jugend-
 48 arbeit, Beratungsangebote und Gesundheitsversorgung

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

49 sind ungleich verteilt. In vielen Bezirken gibt es kaum
50 niedrigschwellige Anlaufstellen, insbesondere für mehr-
51 fach marginalisierte queere Menschen.

52
53 Mangelnde Partizipation: Queere Jugendliche haben
54 kaum Mitspracherechte bei der Gestaltung von Freizeit-
55 flächen, Jugendhilfeangeboten oder Stadtplanung.

56
57 Queere Sichtbarkeit, Schutzräume und niedrigschwellige
58 Angebote müssen in allen Bezirken, auch in den Rand-
59 gebieten, sichergestellt werden. Wir fordern daher einen
60 umfassenden Ausbau queerer Infrastruktur, der Jugendli-
61 che aktiv einbezieht und ihre Bedarfe in den Mittelpunkt
62 stellt.

63
64 Wir fordern daher:

65 **Ausbau queerer Jugendzentren und Schutzräume**

- 66 • Dauerhafte Finanzierung von mindestens einem
queeren Jugendzentrum pro Bezirk.
- 67 • Erhalt und Ausbau bestehender queerer Jugend-
clubs und Treffpunkte.
- 68 • Einrichtung von Schutzräumen für queere Jugendli-
che, die Gewalt oder Diskriminierung erleben.

69 **Stärkung queerer Jugendarbeit**

- 70 • Verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte und So-
zialmitarbeitende zu queersensibler Pädagogik.
- 71 • Förderung queerer Sportvereine und Freizeitange-
bote, die positive Identifikation ermöglichen.
- 72 • Queere Jugendarbeit an Schulen ausbauen und
Schulkonzepte gegen Queerfeindlichkeit entwi-
ckeln.

73 **Beratung und Gesundheitsversorgung**

- 74 • Flächendeckendes Beratungsnetzwerk mit queer-
sensiblen Fachkräften (Psycholog*innen, Sozialar-
beiter*innen).
- 75 • Ausbau queerer Gesundheitsversorgung, insbe-
sondere trans*-spezifische Angebote und Mental-
Health-Unterstützung.
- 76 • Mehrsprachige und barrierearme Beratungsange-
bote in leichter Sprache.
- 77 • Einrichtung von queersensiblen Trauma- und
Gewaltberatungsstellen für Jugendliche, die Ras-
sismus, Queerfeindlichkeit und familiäre Gewalt
gleichzeitig erleben.

78 **Partizipation und Selbstorganisation**

- 79 • Gründung eines Berliner Jugend-Queerbeirats, in
dem queere Jugendliche demokratisch über Projek-
te und Bedarfe mitbestimmen.
- 80 • Finanzielle Unterstützung für die Selbstorganisati-

102 on queerer Jugendlicher.
103 • Queere Jugendarbeit in den Jugendhilfeausschüs-
104 sen der Bezirke verankern.
105

106 **Intersektionale Ansätze**

107 • Schnittstellenprojekte zwischen queerer und anti-
108 rassistischer Jugendarbeit fördern.
109 • Besondere Unterstützungsangebote für mehrfach-
110 marginalisierte queere Menschen.
111 • Alle durch das Land geförderten queeren Ju-
112 gendzentren, Clubs und Einrichtungen müs-
113 sen verbindliche Antidiskriminierungs- und
114 Awareness-Konzepte entwickeln und umset-
115 zen. Diese sollen den Schutz queerer Menschen
116 auch vor weiteren Diskriminierungsformen si-
117 cherstellen – zum Beispiel durch regelmäßige
118 Antirassismus-Trainings, barrierefreie Ausstattung,
119 Empowerment-Programme für mehrfach mar-
120 ginalisierte Jugendliche sowie ein umfassendes
121 Awareness- und Schutzkonzept. Zur Umsetzung
122 entsprechender Trainings soll die Expertise der
123 jeweiligen Beauftragten der Bezirke einbezogen
124 werden, sowohl als die personelle und finanzielle
125 Unterstützung bei der Durchführung durch eben
126 jene Stellen ermöglicht werden.
127 • Schaffung von sicheren Unterkünften speziell für
128 queere Geflüchtete und eine verpflichtende Sensibi-
129 lisierung des Personals in Gemeinschaftsunterkünf-
130 ten.

131 132 **Bürokratieabbau und niedrigschwellige Hilfe**

133 • Vereinfachte Zugänge zu Notwohnungen, Beratung
134 und Gesundheitsangeboten.
135 • Transparente Übersichten über freie Plätze in Not-
136 unterkünften und Beratungsstellen.
137 • Ausbau digitaler Anlaufstellen als Ergänzung, nicht
138 als Ersatz des Anspruchs auf persönliche, barriere-
139 freie Beratung und Unterstützung.